

„Europa konzentrieren auf Kernaufgaben!“

Markus Ferber, MdEP, bei der Senioren-Union Augsburg und Schwaben

Trotz Hitze bot Markus Ferber im Gasthof Metzger in Friedberg-Wulfertshausen auf Einladung der beiden Vorsitzenden Winfried Mayer und Heinrich Bachmann vor ca. 90 Zuhörern am letzten Freitag ein nüchternes und zugleich spannendes Referat zu Europa nach dem Brexit.

Schon 2004 öffneten die Briten schon lange vor den anderen EU-Ländern ihre Grenzen für die Freizügigkeit von Arbeitnehmern aus den osteuropäischen EU-Ländern. Tausende kamen, um die Lücke bei Bauarbeitern zu schließen, und fanden auch entsprechende Jobs in England. Mit der Finanzkrise ging es im Bausektor abwärts, die Arbeitslosenzahlen nahmen zu und das Solidarsystem musste verstärkt in Anspruch genommen werden. Die Zuwanderung war also ein selbstgeschaffenes Problem und nicht eine Folge der aktuellen Flüchtlingskrise.

Erstaunlich ist, dass offensichtlich von den Befürwortern des Brexit kein Plan für die Zeit nach der Austrittsentscheidung vorliegt. Der Pfundkurs sinkt, wie es der Chef der britischen Zentralbank vorhersagte.

Mit einer Parole wie „Die in Brüssel mischen sich überall ein“ räumte Ferber mit vielen Beispielen auf. Nicht die Europ. Kommission und nicht das Europ. Parlament entscheiden z. B. über die Zahl der Kommissare, sondern die Staats- und Regierungschefs. Die Umsetzung der Hypothekarrichtlinie erfolgte in der Bundesrepublik mit einem bürokratischen Monster, in Österreich jedoch ohne Probleme. Die Österreicher nutzten den Freiraum positiv durch einfache Bestimmungen.

Mit dem Flüchtlingszustrom seit Herbst 2015 wurde deutlich, dass entgegen der Vereinbarungen innerhalb der EU die Außengrenzen nicht gesichert waren, niemand kontrollierte, auch wir nicht, Italien und Österreich sowieso nicht. Griechenland war völlig überfordert, hat aber die Annahme von Hilfe verweigert. Erst jetzt erfolgt über Frontex die automatische Hilfe.

Da keine Informationen über die Personenstandsregister vorliegen, kann auch z.B. die Aufenthaltsdauer von 90 Tagen nicht geprüft werden. Aber ein Landgericht in NRW entschied, dass nach 91 Tagen von einer „Duldung“ auszugehen sei und deshalb Anspruch auf Sozialhilfe bestehe. Wieder keine Entscheidung der Kommission oder des Parlaments. Der EuGH hat demgegenüber klar gesagt, dass kein Rechtsanspruch auf Sozialhilfe nach 90 Tagen abgeleitet werden kann.

Die mangelnde Solidarität bei der Verteilung der Flüchtlinge ist ein großes Ärgernis. Von den seit Herbst aufgenommenen ca. 1,5 Mio. sind ca. 1 Mio. in Deutschland verblieben – wesentlich mehr als die nach Bevölkerungszahl eigentlich aufzunehmenden ca. 25 %.

Aber nicht nur Polen, Ungarn und die Slowakei sind zurückhaltend, auch Frankreich hat bisher nur ca. 3.000 aufgenommen, genauso viel wie der Landkreis Aichach-Friedberg oder die Stadt Augsburg, Belgien gar nur ein paar Hundert.

Wie viel Europa ist nötig und wo ist es brauchbar?

Ein wichtiges Problem ist die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.

Deutschland, Österreich und Luxemburg haben niedrige Zahlen wegen ihrer dualen Ausbildung.

Die anderen Länder haben hohe Zahlen wegen verschulter Systeme ohne integrierte Praxis. Hier liegt noch viel Arbeit vor uns, die Kolping schon seit Jahrzehnten leistet.

Ein weiteres nützliches Feld sind die Freihandelsabkommen. Bis 2009 waren die Mitgliedsstaaten zuständig und haben diese Aufgabe auf die Europ. Kommission übertragen, anschließend erfolgte die Ratifizierung im Europ. Parlament und im Europ. Rat der Staatschefs.

Ganz aktuell wird jetzt in den Medien mobil gemacht gegen CETA, das beste Handelsabkommen, was Verbraucherschutz und Lebensmittelrecht betrifft. Wird dies jetzt abgelehnt, so wird es eben keine Verhandlungen mehr geben. Gleichzeitig planen die USA Abkommen mit dem pazifischen Raum und Russland mit den BRICS-Staaten. Dann legen eben andere international die Standards fest, wenn Europa nicht mehr dazu in der Lage ist.

Es sind nur noch Abkommen denkbar und sinnvoll auf EU-Ebene wegen des Binnenmarktes.

Ein Sonderbeispiel unehrlicher internationaler Diskussion ist die „gespaltene Zunge“ des deutschen Außenministers, der am gleichen Tag öffentlich erklärt, man möge mit dem „Säbelrasseln“ gegenüber Russland aufhören, aber seinen Botschafter anweist, der Verlängerungen der Wirtschaftssanktionen gegen Russland zuzustimmen.

Auch die Eröffnung eines neuen Kapitels bei den Beitrittsverhandlungen mit der Türkei ist nur möglich mit dem einstimmigen Beschluss der EU-Außenminister.

Insgesamt bleibt festzuhalten: Die Antwort auf aktuelle Probleme kann nicht der Austritt aus der EU sein mit dem Ziel, alles allein national zu machen. Der Schaden wäre groß für uns selbst und alle anderen. England ist kein Vorbild für Deutschland.

Wichtiger ist die Konzentration auf die Kernprobleme der Kriege im Nahen Osten, der Fluchtursachen, der Integration der Flüchtlinge, der rückwärtsgewandten Politik Russlands sowie der ökonomischen Entwicklung, zur Zeit insbesondere der Schieflage italienischer Banken. In dieser Konzentration waren sich auch die Teilnehmer einer lebhaften Diskussion einig.

Deutlich wurde auch, dass viele Details über die Medien gar nicht transportiert werden (können), die den Bürgern aber fehlen, um sachgerechte Urteile bilden zu können.

Ein anschauliches Beispiel ist dafür die Rentenreform in Griechenland mit seinen 80 Rentenkassen, die keinen Datenaustausch kannten und dazu führten, dass viele Griechen doppelte und dreifache Renten ohne Verrechnung wie in anderen europäischen Ländern bezogen. Die Uraufgaben des Staates für Infrastruktur, Recht, Sicherheit, Rahmen für Investitionen und sozialen Ausgleich sind wieder in das Bewusstsein zu rücken und nicht der Anspruch „es muss mir gut gehen“.

Den positiven Abschluss der Veranstaltung stellte der Hinweis dar, dass nach der jüngsten Umfrage nach dem Brexit die Zustimmung zur EU bei uns in Deutschland noch nie so hoch wie jetzt war.

12.07.2016

Max Weinkamm



Markus Ferber mit Winfried Mayer (links) und Heinrich Bachmann (rechts).